



Protokoll der 2. Sitzung des Einwohnerrates

vom 20. August 2008, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Hans Brodbeck, Beat Gränicher, Markus Meyer, Sabine Sutter

Traktanden	Laufnummer
1. Ersatzwahl in die Finanzkommission ://: Michael Bischof als Ersatzmitglied in die Finanzkommission gewählt.	2008/5
2. Wahl des Wahlbüros für die Amtsperiode 2008-2012 ://: Vorgeschlagene Personen gemäss Vorlage gewählt.	2008/4
3. Berichte des Stadtrats und der Bau- und Planungskommission betreffend Quartierplan Bahnhofareal 2 (1. Lesung) ://: Quartierplan genehmigt. ://: Zusatzantrag der BPK genehmigt.	2007/180 2007/180a
4. Bericht des Stadtrats betreffend Schulanlage Fraumatt - Zusatzkosten für Erdbebensicherheit, Asbestsanierung und neue Parkplätze ://: An die BPK überwiesen.	2008/6
5. Bericht des Stadtrats betreffend Projekt Velostation / Dienstleistungen Liestal / Genehmigung der Infrastrukturkosten ://: An den Stadtrat zurückgewiesen.	2008/7
6. Bericht des Stadtrats zur Motion von Hans Rudolf Schafroth namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend dringende Sanierung der Turnhalle „Rotacker alt oben“; Kredit von CHF 55'000.- ://: Kredit genehmigt. ://: Motion abgeschrieben.	2007/188 2007/188a
7. Bericht des Stadtrats zum dringlichen Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Anschluss an die Hardwasser AG resp. an den Regionenverbund ://: Antrag des Stadtrats abgelehnt. ://: Antrag der FDP-Fraktion, die Absage an den Regionenverbund zu widerrufen, genehmigt.	2008/206 2008/206a
8. Bericht des Stadtrats betreffend Petition „Liestal XunderwäX“ / Abklärungen und Empfehlungen ://: Vom Bericht Kenntnis genommen. ://: Das Büro wird beauftragt, die Petition zu beantworten.	2008/210
9. Postulat von Franz Kaufmann namens der SP-Fraktion betreffend Raum für Gewerbe, Jungunternehmen und Kulturschaffende ://: An den Stadtrat überwiesen.	2008/205

10. Postulat von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend Mehr Kunden und weniger Parkplatzdruck dank Stedtli-Ruf-Taxi 2008/207
://: Nicht an den Stadtrat überwiesen.
11. Postulat von Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Einführung der Begegnungszone in die Rathausstrasse mit Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen 2008/212a
://: Nicht an den Stadtrat überwiesen.
12. Fragestunde

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen August-Einwohnerratssitzung. Der Rat habe sieben neue Mitglieder, eine neue Fraktion und einen Vertreter einer neuen Partei, und er sei jünger geworden. Er freue sich auf die Nuancen, die sich dadurch ergeben würden.

Protokoll der Einwohnerrats-Sitzung vom 18. Juni 2008

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt und verdankt.

Protokoll der Einwohnerrats-Sitzung vom 24. Juni 2008

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt und verdankt.

Mitteilungen des Ratsbüros

- Gemäss Absprache mit dem Fiko-Präsidenten wird die Vorlage zum Thema Sitzungsgelder an der September-Sitzung traktandiert.
 - Dem Einwohnerrat stehen grosse Arbeiten bevor. Die Vorlage zum Thema Standort Liestal ist im Stadtrat in Bearbeitung. Eine Spezialkommission ist daran, die Vorlage zum Thema Revision Ortsplanung fertig zu bearbeiten. Am 26. November 2008 findet zur Revision Ortsplanung eine Einschaltsitzung statt. Die Vorlage soll wenn möglich schon an der Oktober-Sitzung abgegeben werden.
 - Im nächsten Liestal aktuell werden die Informationen zur Wahl der Sozialhilfebehörde publiziert.
 - An der nächsten Fiko-Sitzung vom 25. August 2008 geben Peter Rohrbach und Daniel Spinnler eine Einführung in die Gemeindefinanzen. Die Veranstaltung findet ab 19 Uhr im Rathaus statt und ist offen für alle Interessierten. Eine Anmeldung ist nicht notwendig.
-

Als **Stimmzähler/innen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- | | |
|-------------------------|-----------------|
| - Meret Kaufmann | Seite FDP |
| - Elisabeth Augstburger | Seite SP, Grüne |
| - Regula Nebiker | Mitte, Büro |
-

Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation von Peter Furrer namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Ausbau des Mobilfunknetzes. (Nr. 2008/8)
-

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert, dass am 25. August 2008 um 17 Uhr das Bauerndenkmal bei der Kaserne eingeweiht werde. Mit der Kantonalbank habe die Stadt in guter Atmosphäre Gespräche über die derzeitige Bautätigkeit geführt. Nächste Woche werde ein Mediencommuniqué zu den Aussagen veröffentlicht.

Traktandenliste

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) weist darauf hin, dass die Traktandenliste jeweils in Absprache zwischen dem Büro und der Stadtpräsidentin entstehe. In der Regel halte man folgende Reihenfolge ein: Am Anfang stünden Wahlen, dann folgten die Berichte der Kommissionen, dann die Berichte des Stadtrats und zum Schluss die Behandlung von Vorstößen. Im Sinn eines speditiven Ratsbetriebs bitte er um Akzeptanz der jeweiligen Traktandenliste. Bezüglich der Fragestunde behalte er sich vor, sie nach 35 bis 40 Minuten abubrechen.

11 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

1. Ersatzwahl in die Finanzkommission (Nr. 2008/5)

Die FDP-Fraktion schlägt folgende Ersatzwahl vor:

Finanzkommission (Fiko)

Ersatzmitglied:

- Michael Bischof; anstelle des aus dem Rat zurückgetretenen Bernhard Fröhlich.

://: Michael Bischof (FDP) wird einstimmig als Ersatzmitglied in die Finanzkommission gewählt.

12 A.1.4.3. Wahlen: Gemeinde und Kreis

2. Wahl des Wahlbüros für die Amtsperiode 2008-2012 (Nr. 2008/4)

Der Stadtrat informiert in seiner Vorlage zusammengefasst folgendermassen:

Gestützt auf § 2 der Gemeindeordnung vom 22.09.1999 ist vom Einwohnerrat das Wahlbüro, bestehend aus 35 Mitgliedern, zu wählen. Die Fraktionspräsidien haben sich auf folgenden Verteilschlüssel für die 15 von den Parteien zu nominierenden Mitglieder geeinigt: FDP 4 Sitze, SP 4 Sitze, SVP 3 Sitze, CVP/EVP/GLP 2 Sitze, GL 2 Sitze.

Die vom Stadtrat vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten wurden wie folgt rekrutiert und selektioniert: Anfrage der bisherigen Wahlbüromitglieder betreffend Wiederwahl; Kandidaturen nach Aufruf im „Liestal aktuell“ vom 01.07.2008; Empfehlungen von Parteipräsidien zu Händen des Stadtrats. Nach der Ausschreibung im Liestal aktuell können vom Stadtrat keine neuen bzw. zusätzlichen Kandidaten vorgeschlagen werden, da keine Bewerbungen eingereicht wurden. Im nächsten Liestal aktuell wird nochmals für neue Wahlbüromitglieder geworben. Dem Einwohnerrat wird auf eine nächste Sitzung ein Wahlvorschlag zur Ergänzung des Wahlbüros unterbreitet.

Der Antrag des Stadtrats lautet:

Die von den Parteien sowie vom Stadtrat vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten werden für die Amtsperiode vom 01.07.2008 - 30.06.2012 in das Wahlbüro gewählt.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) hält fest, bei den 15 Vertretern der Parteien bestehe eine Vakanz, bei der Liste des Stadtrats bestünden neun Vakanzen. Er hoffe, dass es im September zu Nachwahlen komme. Er würde gerne wissen, wie die fehlenden Mitglieder gesucht würden.

Stadtpräsidentin Regula Gysin teilt mit, die vakanten Posten würden nochmals ausgeschrieben. Das Wahlbüro werde vorläufig wie vorgeschlagen besetzt. Wenn notwendig, werde man punktuell Leute rekrutieren.

://: Die vorgeschlagenen Mitglieder des Wahlbüros werden einstimmig in globo gewählt.

13 B.1.3.2. Ortsplanung: Überbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne

3. Berichte des Stadtrats und der Bau- und Planungskommission betreffend Quartierplan Bahnhofareal 2, 1. Lesung (Nr. 2007/180, 2007/180a)

Die Bau- und Planungskommission (BPK) informiert in ihrem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Nach dem Quartierplan 1 kommt nun der Quartierplan 2 - basierend auf dem städtebaulichen Konzept *euocity* - zur Behandlung. Er lehnt sich an den bereits genehmigten Quartierplan 1 an. Der Quartierplan 2 beinhaltet drei Baukörper. Diese Überbauung wird in Etappen ausgeführt. Die Kommission verlangte, ihr eine Modell-Studie zu unterbreiten, um die Auswirkungen auf die nähere und weitere Nachbarschaft sehen zu können. Die Bau- und Planungskommission unterstützt den Quartierplan Bahnhof 2 einstimmig und ist davon überzeugt, dass damit zukunftsorientierte Möglichkeiten im Bereich des Bahnhofs geschaffen werden. Von besonderer Wichtigkeit ist die Tatsache, dass gleichzeitig ein optimaler Busbahnhof entsteht. Für die Buspassagiere wird genügend Warteraum geschaffen, dies vor allem deshalb, weil die Erdgeschosse der Neubauten mit grosszügigen Arkaden ausgestattet werden, welche als Schutzunterstände für die Buspassagiere dienen. Obwohl die Anzahl öffentlicher Parkplätze nicht sehr gross sein wird, wünscht die BPK eine Überprüfung, ob auch dieses neue Parkhaus ins Parkleit-System der Stadt Liestal integriert werden kann.

Die Anträge der BPK lauten:

1. Der Einwohnerrat beschliesst den Quartierplan Bahnhofareal 2, bestehend aus:
 - Situationsplan 1 : 500;
 - Reglement mit den Anhängen 1 bis 5.
2. Ergänzung von § 9 Abs. 4 des Quartierplan-Reglementes: „Es ist ein attraktiver Zugang ab Bahnhofplatz zum Parkhaus sicherzustellen.“

BPK-Präsident Hanspeter Meyer legt dar, der Quartierplan Bahnhof 2 sei für Liestal wegen der Neugestaltung des Busbahnhofs besonders wichtig. Endlich solle die unhaltbare Situation bezüglich der Busse gelöst werden. Er führe dem Rat nun einige Folien vor, damit alle im Saal auf dem gleichen Stand seien. Unter anderem sehe man, wie die Höhe der Gebäude seit dem Wettbewerb gewachsen sei. Wenn man die neuen Kuben als Einheit betrachte, würden sie gut als Abschluss des oberen Teils des Bahnhofs passen. Er bitte darum, den beiden Anträgen der BPK zuzustimmen.

Philipp Senn (SP) hält fest, der Quartierplan Bahnhof 2 stelle einen Baustein des Gesamtkonzepts Bahnhof dar. Seine Fraktion begrüsse die Umsetzung dieses Konzepts. Die Gebäudehöhe, vor allem diejenige des höchsten Gebäudes, habe Anlass zu Diskussionen gegeben. Durch die Staffelung sei das Gesamtbild jedoch positiv. Auserdem seien die Fassaden abgewinkelt, so dass man vom Bahnhof her nicht an eine Front schaue. Man habe einen Vergleich zum Bahnhof in Basel gezogen, wo die neuen Gebäude inzwischen zu einer attraktiven Einfahrt in Richtung Bahnhof beitragen würden. Die SP-Fraktion stimme den Anträgen zu.

Margrit Siegrist (SVP) teilt mit, ihre Fraktion habe sich intensiv mit dem Quartierplan auseinandergesetzt. Sie unterstütze beide Anträge einstimmig. Der Bahnhof erhalte ein modernes und attraktives Gepräge. Zu diskutieren hätten die Aussagen zum Individualverkehr gege-

ben. Die SVP-Fraktion würde gerne mehr wissen über die Verkehrsflüsse auf der Achse Bahnhof-Poststrasse und betreffend Zu- und Wegfahrt zum bzw. vom Emma Herwegh-Platz.

Pascal Porchet (FDP) betont, der Quartierplan werde das Bild von Liestal gewaltig verändern. Seine Fraktion stimme den Anträgen zu; er wolle aber die Vorlage noch würdigen. In der FDP habe man den Quartierplan intensiv diskutiert. Wenn man verdichtet bauen wolle, sei dies der richtige Ort dazu. Man müsse sich der Dimensionen bewusst sein. Er sei erstaunt, wie visionär sich der Rat heute Abend gebe, denn kleine Geschäfte würden manchmal zu Tode geredet. Beim Mitwirkungsverfahren seien auch keine Stellungnahmen aus der Bevölkerung eingetroffen. Er erwarte, dass sich der Rat noch immer so visionär verhalte, wenn eines Tages die Bauprofile stünden. Die Stadt habe einen Flyer herausgegeben, auf dem man sehe, was in Liestal alles gebaut werde. Er enthalte auch Termine. Damit wolle er sagen, dass auch die Investoren Druck spüren und visionär mitdenken sollten. Sorge müsse man zur Anbindung des Gebiets an das kleine Stedtli tragen. Es solle kein Ballenberg werden, sondern müsse belebt werden. Die Verkehrsflüsse hätten hohe Bedeutung.

Jürg Holinger (GL) sagt, auch die Grüne Fraktion stimme dem Quartierplan zu. Sie habe sich ebenfalls mit den Gebäudehöhen auseinandergesetzt. Am Bahnhof könne man das Bauland gut nutzen. Das Bahnhofgebäude vis-a-vis von den neuen Gebäuden sei so niedrig, dass die Sonne noch in die Gasse vor den neuen Gebäuden scheinen könne. Die Fussgängerführung zwischen den Bussen und den Gebäuden gebe den Grünen zu denken. Bei der Detailplanung müsse man dieser Frage Beachtung schenken und beachten, dass der Raum eng bemessen sei. Dass die Verkehrsführung mit den Regeln der Begegnungszone geschehe, halte seine Fraktion für eine gute Idee. Durch die Realisierung des Quartierplans Bahnhof 1 hätten die Mauersegler ihre Nistmöglichkeiten und damit die Brutzeit nicht nutzen können. Er bitte den Stadtrat, bei der zweiten Lesung der Vorlage zu sagen, wie man die Wiederholung eines solchen Debakels verhindern könne. Die Grüne Fraktion stimme dem Quartierplan zu.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) äussert, er sei überzeugt, dass man dieses Geschäft mit gutem Gewissen unterstützen könne. Dies sei eine erfreuliche Art, in die Arbeit des Einwohnerrates einzusteigen.

Stadtrat Ruedi Riesen führt aus, das Echo auf dieses Geschäft tue wohl. Es sei das zentrale Projekt im ganzen Konzept. So, wie die Situation am Bahnhof jetzt sei, schaue man ins Chaos. Das Bahnhofgebäude werde nachher allerdings verschluckt. Dies müsse man noch anschauen. Das ganze Gelände sei Begegnungszone und überall gut beleuchtet. Es handle sich um eine offene, aber sehr konzentrierte Bebauung. Das Land koste dort sehr viel, entsprechend hoch müsse man bauen. Die Anbindung ans Stedtli werde man über die Allee erreichen. Der Postplatz habe nachher einen ganz anderen Charakter. Erfreulich sei auch, dass zwei von drei Grundeigentümern an einer baldigen Realisierung interessiert seien. Hinter den Kulissen bestehe bereits grosses Interesse, Räumlichkeiten zu mieten oder zu kaufen. Dem Thema Fussgängerzone werde man sicher Beachtung schenken, spätestens im Baubewilligungsverfahren. Das Problem mit den Mauerseglern habe er nicht verstanden.

Jürg Holinger (GL) erwidert, es gehe darum zu überlegen, wie man das Unglück verhindern könne, das bei der Kantonalbank passiert sei.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) weist darauf hin, dass dies die erste Lesung des Geschäfts sei. An der September-Sitzung werde das Geschäft das zweite Mal beraten.

://: Der Quartierplan Bahnhofareal 2 wird einstimmig genehmigt.

://: Der Zusatzantrag der BPK, einen attraktiven Zugang ab Bahnhofplatz zum Parkhaus sicherzustellen, wird einstimmig genehmigt.

14 L.2.2.3. Gemeindeliegenschaften und Grundstücke: Schulbauten, Turn- und Sportanlagen, Spielplätze, Sport- und Volksbad Gitterli AG

4. Bericht des Stadtrats betreffend Schulanlage Fraumatt - Zusatzkosten für Erdbebensicherheit, Asbestsanierung und neue Parkplätze (Nr. 2008/6)

Der Stadtrat informiert in seiner Vorlage zusammengefasst folgendermassen:

Seit der Zustimmung zur Renovation der Schulanlage Fraumatt des Einwohnerrates vom 16. Januar 2008 wurden die Arbeiten termingerecht am 16. Juni 2008 aufgenommen. Vor und kurz nach Baubeginn mussten drei nicht vorhersehbare Aspekte zur Kenntnis genommen werden. Dies sind zum einen die Erdbebenertüchtigung des Gebäudes sowie das Entsorgen von gebundenen asbesthaltigen Baumaterialien und zum anderen die Erstellung von neuen Parkplätzen. Alle drei Projekte werden in dem bewilligten Kredit von CHF 2.8 Mio. keinen Platz finden, mussten jedoch teilweise aus terminlichen Gründen bereits ausgeführt werden.

Die Anträge des Stadtrats lauten:

1. Der Einwohnerrat stimmt dem Nachtragskredit von CHF 200'000.- für die Erdbebensicherheit und die Asbestsanierung zu.
2. Der Einwohnerrat bewilligt einen zusätzlichen Nachtragskredit von CHF 100'000.- für die Erstellung eines neuen Parkplatzes.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) informiert, das Büro empfehle die Direktberatung des Geschäfts. Es liege jedoch ein Antrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion vor, die Vorlage an die BPK zu überweisen. Deshalb berate man jetzt den Überweisung-Antrag.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) legt dar, ihre Fraktion wünsche die Überweisung, damit das Thema Parkplätze nochmals geprüft werde. Es gehe um die Anzahl und den Ort. Ihre Fraktion halte eine Verlegung der Parkplätze ans andere Ende des Platzes für besser. Auf der vorgesehenen Seite sei es sehr eng. Wegen der Bushaltestelle und dem Fussgängerstreifen würden sich dort viele Leute aufhalten.

Hanspeter Meyer (SVP) unterstreicht, dieser Antrag sei im Sinn der Bau- und Planungskommission.

Jürg Holinger (GL) teilt mit, die Grüne Fraktion hätte diesen Punkt auch gerne abgeklärt. Die BPK könne die Vorlage an ihrer Sitzung vom 08.09.2008 behandeln. Der Rat könne das Geschäft dann bereits an seiner nächsten Sitzung beraten. Seine Fraktion beantrage ebenfalls die Überweisung.

Pascal Porchet (FDP) fügt hinzu, auch seine Fraktion stimme dem Antrag auf Überweisung zu.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) meint, über den ersten Antrag könne man jetzt schon abstimmen. Er hätte dazu gerne die Meinung von Stadtrat Ruedi Riesen.

Stadtrat Ruedi Riesen weist darauf hin, dass das Geld schon verbaut sei. Es spiele deshalb keine Rolle, wann man diesen Teil berate. Er verstehe den Wunsch, die Vorlage an die BPK

zu überweisen. Es sei allerdings sowieso vorgesehen, diese Situation zu entschärfen, auch wenn die Parkplätze dort blieben.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) räumt ein, es sei besser, die Vorlage nicht auseinanderzureissen.

://: Der Bericht des Stadtrats betreffend „Schulanlage Fraumatt - Zusatzkosten für Erdbebensicherheit, Asbestsanierung und neue Parkplätze“ wird einstimmig an die BPK überwiesen.

15 V.1.8. Verkehrsförderung

5. Bericht des Stadtrats betreffend Projekt Velostation / Dienstleistungen Liestal / Genehmigung der Infrastrukturkosten (Nr. 2008/7)

Der Stadtrat informiert in seiner Vorlage zusammengefasst folgendermassen:

Das Projekt Velostation / Dienstleistungen Liestal verfolgt verschiedene Zielsetzungen. Unter anderem soll es die Ordnung am Bahnhof Liestal durch bewachte und überwachte Fahrradabstellplätze an klar zugewiesenen Plätzen erhöhen. Durch die Dienstleistung eines Hauslieferdienstes soll die Einkaufsattraktivität in Liestal gesteigert werden. Sodann weist das Projekt eine sozialintegrative Komponente auf, die für den Stadtrat von wichtiger Bedeutung ist: Die seitens der Velostation angebotenen Dienstleistungen bieten Möglichkeiten zur beruflichen und sozialen Integration von Klientinnen und Klienten der sozialen Dienste, welche nicht direkt im ersten Arbeitsmarkt Fuss fassen können.

Am 7. Mai 2008 wurde als wichtiger Meilenstein des Projekts der Trägerverein Velostation / Dienstleistungen Liestal gegründet. Der jetzige Projektstand macht für die bauliche Realisierung der benötigten Infrastruktur Beschlüsse des Einwohnerrates notwendig. Unabhängig von der effektiven Entwicklung des Projektes über die zweijährige Pilotphase hinaus stellen die zu errichtenden Veloabstellanlagen eine Investition von bleibendem Wert dar. Vergleichbare Projekte konnten andernorts bereits erfolgreich realisiert werden (zum Beispiel in Burgdorf und Chur) und nach einer Pilotphase kostendeckend betrieben werden.

Die Anträge des Stadtrats lauten:

1. Der Einwohnerrat nimmt vom Projekt Velostation / Dienstleistungen Liestal Kenntnis.
2. Es werden folgende Ausgaben bewilligt: CHF 400'000.- als einmalige Investitionsausgabe für die Erstellung der Infrastrukturanlagen; CHF 44'000.- als Mietkostenbeitrag für die Jahre 2009 und 2010 (Kostenstand 2008, befristet für eine betriebliche Pilotphase von zwei Jahren).

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) gibt bekannt, das Büro sei der Meinung, das Geschäft sei an die BPK zu überweisen.

Daniel Spinnler (FDP) teilt mit, seine Fraktion bestreite das Eintreten und wünsche die Rückweisung der Vorlage an den Stadtrat. Die FDP-Fraktion wolle zwei Vorlagen, eine zur Infrastruktur und eine zum Thema Hauslieferdienst sowie Integration von Sozialhilfeempfängern. Die BPK sei nicht das richtige Gefäss, um den Teil, der die Sozialen Dienste betreffe, zu beraten. Deshalb bitte seine Fraktion den Stadtrat, die Vorlage zurückzunehmen. Sie stelle folgenden Antrag: *Die FDP-Fraktion stellt Antrag auf Rückweisung des Geschäfts Nr. 2008/7, Projekt Velostation, mit dem Auftrag an den Stadtrat, die bewachten Parkplätze sowie den Hauslieferdienst in zwei unterschiedlichen Vorlagen vorzulegen (inkl. Betriebskonzepten / Loslösung von Infrastrukturkosten vom Betrieb mit Sozialhilfeempfängern).*

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) sagt, seine Fraktion schliesse sich dem Antrag an.

Dieter Epple (SVP) fügt hinzu, die SVP-Fraktion schliesse sich dem Antrag ebenfalls an.

Ernst Burkhardt (SP) meint, es handle sich um eine sehr komplexe Vorlage. Sie lasse sich nicht einfach zweiteilen. Es spielten so viele Faktoren hinein, die miteinander verhängen seien, dass man die Vorlage als Ganzes behandeln müsse. Sie habe eine lange Vorbereitung

erfordert. Die Sozialhilfebehörde sei an allen Sitzungen dabei gewesen. Er empfehle, das Geschäft nicht zurückzuweisen, sondern direkt zu behandeln oder zu überweisen.

Jürg Holinger (GL) legt dar, er sehe keine Direktbehandlung eines so komplizierten Geschäfts. Teilweise schliesse er sich Ernst Burkhardt an. Die Vorlage enthalte tatsächlich zwei Komponenten, das Bauliche und das Soziale. Wenn allerdings zwei Kommissionen arbeiten würden und es keine Koordination gebe, wäre dies schwierig. Wenn der Rat die Vorlage zurückweise, müsse mindestens die erste Sitzung der beiden Kommissionen gemeinsam stattfinden. Es sei viel Wissen und Erfahrung zu diesem Thema vorhanden, das sonst nicht greifbar sei. Danach könne man die spezifischen Probleme beraten.

Stadtrat Lukas Ott erläutert, der Stadtrat meine, dass man das Geschäft getrost überweisen könne. Die BPK sei durchaus in der Lage, mit der Vorlage zurechtzukommen. Die FDP habe gesagt, die Vorlage verletze die Einheit der Materie. Wichtig seien die Anträge des Stadtrats. Die Wiedereingliederungsmassnahmen würden nur zur Kenntnis gebracht. Darüber müsse der Rat nicht beschliessen, da dies in der Kompetenz der Sozialhilfebehörde liege. Unterbreitet werde dem Rat die Infrastruktur, deshalb sei die BPK die richtige Adresse. Wenn der Stadtrat nur das Bauliche vorgelegt hätte, hätte es bestimmt geheissen, dass der Kontext fehle. Es handle sich um ein einheitliches, sorgfältig ausgearbeitetes Projekt, und er bitte darum, es in die BPK zu geben.

Regula Nebiker (SP) berichtet, ihre Fraktion habe sich in einem Dilemma gesehen. Jetzt habe man tatsächlich einen Brocken vor sich, den man durchdringen müsse. Wenn man aber dem Antrag folge, zwei Vorlagen daraus zu machen, fehle die Sozialkommission, die das Thema vertieft behandeln könne. Die BPK sei durchaus in der Lage, die richtigen Fragen zu stellen, ohne dass das Projekt verzögert werde. Es gehe ja in die richtige Richtung, auch in der Sozialpolitik. Ihre Fraktion wolle das Projekt nicht verhindern, sondern beschleunigen und sei deshalb dafür, es an die BPK zu überweisen.

Daniel Spinnler (FDP) weist darauf hin, dass das Ganze ein Pilotprojekt sei. Man müsse sich fragen, was werde, wenn man auf Dauer zu wenige Leute für den Betrieb finde. Man könne durchaus die beiden Aspekte entkoppeln. Sicher dürfe man die Gesamtschau nicht verlieren. Man könne doch aber auch ohne Sozialhilfeempfänger die Infrastruktur aufstellen. Darüber müsse der Rat entscheiden, und dann darüber, ob man Sozialhilfeempfänger für den Hauslieferdienst und die Betreuung Velostation einsetzen wolle.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) erinnert daran, dass man bei der Eintretensdebatte sei, nicht bei der Detailberatung. Er bitte die Ratsmitglieder, sich kurz zu fassen.

Matthias Zimmermann (SP) meint, eine Aufspaltung sei schwierig. Einerseits müsse die Velostation kostengünstig betrieben werden, andererseits stelle sie eine grosse Chance für die Reintegration von Sozialhilfeempfängern dar. Die Velostation sei kein gewöhnliches technisches Projekt. Deshalb warne seine Fraktion davor, die Vorlage aufzuteilen. Dies könne den Tod des Projekts bedeuten.

Jürg Holinger (GL) äussert, er schliesse sich mittlerweile dem an, was Stadtrat Lukas Ott gesagt habe. Man solle der BPK die Kompetenz geben, auch Sozialfragen anzuschauen. Bereichsleiter Marco Avigini sei von der ersten Minute an bei den Beratungen dabei gewesen. Es kompliziere die Sache sehr, wenn man zwei Vorlagen daraus mache. Es sei durchaus möglich, der BPK das zuzumuten. Wenn sie Auskünfte brauche, würde das Departement Soziales sicher an die Sitzungen kommen. Er bitte um Überweisung der Vorlage an die BPK.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) teilt mit, die Motivation seiner Fraktion für die Rückweisung sei, dass die Kosten für einen Probetrieb zu hoch seien. Der Stadtrat könne die Sache redimensionieren.

://: Der Antrag der FDP-Fraktion, das Geschäft an den Stadtrat zurückzuweisen, wird mit 19 Ja- gegen 16 Nein-Stimmen genehmigt.

16 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

6. Bericht des Stadtrats zur Motion von Hans Rudolf Schafroth namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend dringende Sanierung der Turnhalle „Rotacker alt oben“; Kredit von CHF 55'000.- (Nr. 2007/188, 2007/188a)

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Das Stadtbauamt hat einen Kostenvoranschlag auf der Basis von Offerten ausgearbeitet. Mit einfachen Massnahmen wie dem Ersatz der Beleuchtung sowie dem Streichen der Hallendecke kann die Ausleuchtung wesentlich verbessert werden. Die Sanierungsarbeiten werden zwei - drei Wochen dauern und nach Möglichkeit in den Herbst-Schulferien 2008 ausgeführt.

Die Anträge des Stadtrats lauten:

1. Der Einwohnerrat bewilligt einen Kredit in der Höhe von CHF 55'000.- zulasten der laufenden Rechnung (Konto Nr. 244.314.41 baulicher Unterhalt SA Rotacker).
2. Die Motion von Hans Rudolf Schafroth namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend dringende Sanierung der Turnhalle „Rotacker alt oben“ wird als erfüllt abgeschrieben.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) dankt dem Stadtrat im Namen der Benutzer und Benutzerinnen der Halle für den Bericht. Die Bedürfnisse seien damit erfüllt. Die Sache sei speditiv vor sich gegangen. Die Idee, die Fluchtwege mit Notleuchten auszuschildern, halte er für sehr gut. Er empfehle, den Anträgen zuzustimmen.

Regina Vogt (FDP) teilt mit, ihre Fraktion habe festgestellt, dass der Antrag exakt dem Kostenvoranschlag entspreche. Das Ziel, mehr Sicherheit zu gewähren, sei erreicht. Betreffend Ausführung wünsche ihre Fraktion, dass sie nicht nach Möglichkeit, sondern verbindlich während der Herbstferien geschehe. Die FDP-Fraktion stimme den Anträgen zu.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) sagt, ihre Fraktion habe gestaunt, wie schnell die Vorlage gekommen sei. Hans Rudolf Schafroth habe im Vorfeld einiges geklärt; dies habe bestimmt geholfen. Durch das Streichen der Decke sehe die Halle nicht mehr so düster aus. Ihre Fraktion stimme den Anträgen zu und danke dem Stadtrat und der Verwaltung für die gute Arbeit.

Erika Eichenberger (GL) fügt hinzu, auch die Grüne Fraktion folge den Anträgen. Es handle sich vor allem um eine kosmetische Renovation. Die Halle entspreche nicht mehr den Anforderungen einer modernen Sporthalle. Ihre Fraktion sei aber froh um die Sanierung, denn sie diene auch der Sicherheit.

Stadtrat Ruedi Riesen äussert, er danke Hans Rudolf Schafroth für den Anstoss. Hans Rudolf Schafroth sei mit dem Stadtbauamt in Kontakt gewesen, was die Sache sicher vereinfacht habe. Die Turnhalle sei zwar alt, sie sei aber auch eine der architektonisch schönsten Hallen in Liestal. Er danke für die gute Aufnahme des Berichts im Rat.

://: Der Kredit von CHF 55'000.- wird einstimmig genehmigt.

://: Die Motion wird einstimmig abgeschrieben.

17 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

7. Bericht des Stadtrats zum dringlichen Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Anschluss an die Hardwasser AG resp. an den Regionenverbund (Nr. 2008/206, 2008/206a)

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Im Wissen, dass zur Absicherung der langfristigen Wasserversorgungssicherheit rechtzeitig Vorgehensszenarien abgeklärt werden müssen, haben die Betriebe einen Anschluss an den Regionenverbund 1-9-2 geprüft und zuhanden des Stadtrats eine Vorlage zum Grundsatzentscheid erarbeitet. Der Stadtrat setzte sich mit den Konsequenzen eines Beitritts auseinander und kam zum Schluss, diese Option zurzeit nicht weiterzuverfolgen. Er ist der Ansicht, Liestal sollte auch künftig sein Trinkwasser aus den Grundwasserströmen des Ergolztals bzw. der Frenkentaler beschaffen und erwartet von den Betrieben diesbezügliche Abklärungen.

Mit dem Instrument des dringlichen Postulats beauftragte der Einwohnerrat den Stadtrat, „Informationen zum Stand der Dinge betreffend einen möglichen Anschluss der Wasserversorgung an den Regionenverbund 1-9-2 zu unterbreiten.“

Der Antrag des Stadtrats lautet:

Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass der Stadtrat zurzeit die Option eines Beitritts zum Regionenverbund 1-9-2 nicht weiterverfolgt.

Stadträtin Marion Schafroth führt aus, verschiedene Wege führten nach Rom. Angenommen, sie sei in einem Organisationskomitee eines Reisebüros tätig und wisse, irgendwann stehe eine Reise nach Rom an. Dann teile ihr die Geschäftsleitung mit, dass sie das Konzept dafür in einem halben Jahr brauche. Eine andere Gesellschaft, die dieselbe Reise organisiere, frage an, ob man sich nicht zusammenschließen könne. Es gebe eine Lösung für Frühbucher, die kostengünstig sei. Diese Option teile sie dem OK mit, worauf es heisse, es gehe ein wenig schnell, man solle Alternativen prüfen. Das sei die Situation. Das OK - der Stadtrat - habe alle Fakten auf dem Tisch gehabt und entschieden, nicht die Frühbucher-Variante zu wählen. Selbstverständlich gebe es andere Varianten. Man habe auch noch Zeit. Nun sei der Finanzverwalter gekommen und habe bemängelt, dass die günstige Variante nicht weiterverfolgt worden sei. In dieser Situation befinde man sich im Rat. Der Stadtrat beantworte mit dem vorliegenden Bericht die Anfrage aus dem Einwohnerrat. Gestern habe er die neusten Informationen des Kantons diskutiert. Er bleibe bei seiner Entscheidung. Man werde nach Rom kommen, das sei sicher.

Hanspeter Meyer (SVP) hält fest, die SVP-Fraktion sei vom stadträtlichen Bericht enttäuscht, da er nichts Neues aussage. Der Entscheidung scheine seiner Fraktion rein ideologisch; die Fakten würden weitgehend ignoriert. Es brauche eine weitreichende Vernetzung der Wasserversorgung, dies sei auch für Notlagen wichtig. Jetzt habe die Stadt im Zusammenhang mit der H2 die Möglichkeit, eine Verbindung sicherzustellen. Man müsse diese Option offen lassen, künftige Generationen könnten einem das sonst verübeln. Die Wasserqualität der Hardwasser AG habe zu reden gegeben. Die Hardwasser werde sicher alles dafür tun, dass ihre Wasserversorgung gut sei. Einseitig auf Grundwasserströme zu setzen, sei ein gefährliches Spiel. Vielleicht könne die Stadt durch die Vernetzung auch anderen Gemeinden helfen. Die Verhandlungen kämen später, Liestal müsse sich jetzt nichts aufzwingen. Aus all diesen Gründen lehne die SVP-Fraktion den Antrag ab.

Philipp Senn (SP) bemerkt, in einem Bericht von Reisefachleuten habe er gelesen, dass die kurzfristigen Buchungen zurückgehen würden. Aus fachlicher Sicht fühle er sich aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit einigermaßen kompetent. Die allfällige Schliessung des Pumpwerks Gitterli wäre hauptsächlich ein rechtlicher Akt. Die Erneuerung der Konzession sei nicht sicher. Der Stadtrat solle daran arbeiten, dass das Pumpwerk weiter betrieben werden könne. Erst im Jahr 2014 müsse man allenfalls ein neues Pumpwerk bauen. Die Diskussion um die Qualität des Hardwassers sei noch nicht geführt, die Konsequenzen seien noch nicht abschätzbar. Heute schon diese Verpflichtung einzugehen, wäre im Interesse der Hardwasser AG, aber nicht von Liestal. Für die Stadt wäre ein Anschluss an das Oberbaselbiet besser. Die SP-Fraktion nehme den Bericht des Stadtrats positiv zur Kenntnis.

Marie-Theres Beeler (GL) gibt bekannt, die Grüne Fraktion nehme den Bericht ebenfalls positiv zur Kenntnis. Liestal habe auch nach Ablauf der Konzession für das Pumpwerk Gitterli begrenzten Wasserbedarf. Auf Vorrat eine Verpflichtung einzugehen mit einem Lieferanten, der keine einwandfreie Qualität liefere und ausserdem teuer sei, sei keine gute Idee. Wenn die Hardwasser AG die Wasserqualität rette, werde sie auch die Bezüger stärker zur Kasse bitten. Sich auf diesen Verbund einzulassen, ohne Alternativen zu prüfen, sei ausserdem undenkbar. Die Stadt Liestal würde sich in eine Abhängigkeit begeben, ohne die Entwicklung abzusehen. Die Reise sei in 14 Tagen vorbei, aber es gehe um eine verbindliche Verpflichtung über Jahrzehnte.

Nils Henn (FDP) sagt, die FDP-Fraktion sei weitgehend einig mit dem Postulanten: Sie sei nicht einverstanden damit, diese Option nicht weiterzuverfolgen. Wenn einer der Grundwasserströme wegen Verschmutzung ausfalle, werde das Wasser knapp. Dazu brauche es eine Alternative, ob sie nun untersucht sei oder nicht. Finanziell bedeute dies zwar, viel Geld zum Voraus auszugeben. Es sei aber sicher die günstigste Variante. Das Thema Qualität sei relativ bedeutungslos, denn die angeschlossenen Gemeinden seien an Qualität interessiert. Liestal trete nicht der Hardwasser AG bei, sondern dem Regionenverbund 1-9-2. Nur im Notfall käme das Rheinwasser zum Tragen. Die FDP-Fraktion stelle einen Gegenantrag mit folgendem Wortlaut: *Wir beauftragen den Stadtrat, die Absage an den Regionenverbund 1-9-2 zu widerrufen und die entsprechend nötigen Schritte in die Wege zu leiten.*

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) teilt mit, auch seine Fraktion sei mit dem Bericht des Stadtrats nicht zufrieden. Er entspreche nicht den Forderungen des Postulats und erlaube keinen Vergleich der Varianten. Es müssten genauere Angaben zu den Varianten vorliegen, um Prioritäten setzen zu können. Deshalb weise die CVP/EVP/GLP-Fraktion die Vorlage an den Stadtrat zurück.

Corinne Ruesch (GL) meint, vielleicht sei die Stadt einmal auf diesen Regionenverbund angewiesen. Aber auch dann könne sie ihm noch beitreten, es koste dann einfach mehr. Wenn man jetzt beitrete, müsse man aber auch an den jährlich zu leistenden Sockelbeitrag denken. Wenn die Stadt das Pumpwerk Gitterli zehn Jahre länger brauchen könne, käme das günstiger.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) berichtet, sie habe an einem Seminar teilgenommen, an dem der Regierungsrat zum Thema Trinkwasser informiert habe. Das Trinkwasser im Kanton sei sauber. Mit Kohlefiltern, die in den Langen Erlen montiert worden seien, habe man auch erste Erfolge beim Rheinwasser verbucht. Regierungsrat Jörg Krähenbühl habe gesagt, man stehe kurz vor der Lösung. Sie ermuntere dazu, die Option des Beitritts zum Regionenverbund weiterzuverfolgen.

Philipp Senn (SP) betont, alle wollten sauberes Trinkwasser. Der Rhein sei für Liestal aber die falsche Ausrichtung. Sauberes Wasser käme sicher eher aus dem oberen Kantonsteil. Auch das Oberbaselbiet sei gefährdet. Vielleicht brauche man eines Tages sogar eine

Trinkwasseraufbereitung. Doch das sei Zukunftsmusik; diese Probleme könne man jetzt nicht mit einem Beitritt zum Regionenverbund lösen.

Stadträtin Marion Schafroth macht darauf aufmerksam, dass das Pumpwerk Gitterli im Jahr 2017 in dieser Form sicher nicht bewilligt werde. Wenn es eine Chance für das Pumpwerk gebe, dann unter verstärkten Auflagen betreffend Sicherheit. Vielleicht werde es auch stillgelegt. Betreffend Preisdiskussionen wolle sie darauf hinweisen, dass Liestal nur an Spitzentagen Wasser vom Regionenverbund beziehen würde, also vielleicht an zehn Tagen pro Jahr. Das würde CHF 28'000.- pro Jahr kosten. Das Hardwasser wäre im Übrigen nach dem Preisaufschlag nur leicht teurer als das Wasser in Liestal heute.

Ernst Burkhardt (SP) legt dar, in der Isolation von Häusern liege ein riesiges Energiesparpotential. Beim Wasser könne man grosse Mengen durch neuartige WC-Anlagen sparen. Dieses Riesenpotential sei zu fördern, dann brauche man nicht so viel teure Infrastruktur. Die Sparer würden mit dem Bezahlen dieser Infrastruktur doppelt gestraft. Diese Leitung werde so oder so gebaut, Liestal könne auch später beitreten.

Hanspeter Stoll (SP) betont, dass bei den Überlegungen zum Preis die Investitionen vergessen gegangen seien. Man würde riesige Investitionen mitfinanzieren für eine Sache, die man nur wenige Tage im Jahr benutze.

Daniel Spinnler (FDP) meint, wer zaudere, sei verloren. Es gehe um ein sicheres Standbein und einen strategischen Entscheid. Ein Anschluss sei sinnvoll; die Wassernetze sollten untereinander verbunden sein.

://: Der Antrag des Stadtrats, die Option eines Beitritts zum Regionenverbund 1-9-2 nicht weiterzuverfolgen, wird mit 16 Ja- gegen 20 Nein-Stimmen abgelehnt.

://: Der Antrag der FDP-Fraktion, die Absage an den Regionenverbund 1-9-2 zu widerrufen und die entsprechend nötigen Schritte in die Wege zu leiten, wird mit 19 Ja- gegen 16 Nein-Stimmen genehmigt.

18 G.2.2.4. Behörden: Gemeinderat

**8. Bericht des Stadtrats betreffend Petition „Liestal XunderwäX“ /
Abklärungen und Empfehlungen (Nr. 2008/210)**

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht zusammenfassend folgendermassen:

Am 28.09.2007 wurde die Petition Liestal XunderwäX, adressiert an den Stadt- und Einwohnerrat, durch Frau Dr. Ruth Gonseth eingereicht. Darin werden der Stadtrat und der Einwohnerrat gebeten, sich dafür einzusetzen, dass in Liestal die gesunde und abgasfreie Mobilität gefördert wird. Verschiedene Aktionen werden diesbezüglich vorgeschlagen.

Einwohnerrat und Stadtrat haben den Eingang der Petition bestätigt und seitens des Einwohnerrates wurde der Stadtrat eingeladen, zuhanden des Einwohnerrates eine Vorlage mit stadträtlichen Empfehlungen auszuarbeiten. Der Stadtrat beleuchtet in seinem Bericht die verschiedenen Anliegen der Petitionäre und kommentiert dieselben auf Grundlage der Rückmeldungen aus den zuständigen Departementen.

Die Anträge des Stadtrats lauten:

1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Abklärungen und Empfehlungen zur Petition „Liestal XunderwäX“.
2. Das Büro des Einwohnerrates wird beauftragt, die Petition zu beantworten.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) teilt mit, das Büro nehme den Auftrag gerne entgegen. Wenn keine Diskussion gewünscht werde, könne man auch gleich über die Anträge abstimmen.

Marie-Theres Beeler (GL) führt aus, die Grüne Fraktion danke dem Stadtrat für den Bericht. Sie hätte sich allerdings ein mutigeres Eingehen auf die Anliegen der Petitionäre gewünscht. Ihre Fraktion habe drei Punkte vorzubringen. Die Grünen wünschten sich erstens sehr, dass das Stedtli einmal anders genutzt und die ganze Begegnungszone vom motorisierten Verkehr frei gehalten würde. Das Zweite: Die Stadt fordere die Eltern von Schulkindern in einem Brief auf, die Kinder zu Fuss in die Schule gehen zu lassen. Es wäre sinnvoll, die Schulen zu bitten, auch über die so genannten Eltern-Taxis zu informieren. Drittens bitte die Grüne Fraktion den Stadtrat, etwas für die Velofahrer zu unternehmen. Die offiziellen Velorouten seien teilweise lebensgefährlich. Es sei dringend nötig, entlang der Rheinstrasse eine Lösung zu finden. Die Grünen erwarteten eine Intervention beim Kanton mit einem Vorschlag der Stadt.

Vreni Wunderlin (FDP) gibt bekannt, die FDP-Fraktion nehme Kenntnis vom Bericht des Stadtrats. Sie unterstütze eine Schwachstellenanalyse der Fuss- und Radwege. Zum Thema Sportkoordinator wolle sie gerne mehr wissen. Sie würde auch gerne wissen, wann das Radroutennetz konkret untersucht werde.

Erika Eichenberger (GL) wirft ein, ihre Kinder würden täglich Velo fahren, aber nicht unbedingt auf dem Radwegnetz. Die Kasernenstrasse müsse beispielsweise untersucht werden. Die Schüler und Schülerinnen würden auf direktem Weg in die Musikstunde fahren. Ihre Kinder müssten zum Teil auf Fusswegen fahren, um sicher ins Schulhaus Burg zu kommen. Sie halte die Antwort des Stadtrats für ungenügend.

Ernst Burkhardt (SP) äussert, die Auflistung im Bericht zeige, dass die Velosituation in Liestal unhaltbar sei. Die Stadt befinde sich in einem Dilemma. Sie habe keine sehr breiten

Strassen, eher schmale, die nicht genügend Platz zum Aufteilen bieten würden. Die Velofahrer würden ignoriert und quetschten sich ungeschützt neben den Autos durch. Es wäre an sich möglich, einen Streifen für die Velofahrer abzutrennen und die Mittellinie aufzuheben. Dies wäre ein gewisser Schutz. Die Autos müssten sowieso schauen, wie man nebeneinander durchkomme. Der Kanton ignoriere das Problem. Er habe dieses Thema an die Hand zu nehmen und dafür zu sorgen, dass die Gesetze geändert oder anders interpretiert würden. Es gebe Städte, wo das funktioniere.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) informiert, ihre Fraktion stimme beiden Anträgen zu. Als Autofahrerin sei es ihr wichtig, auf Folgendes hinzuweisen: Für sie sei es wegen der Velofahrer oft sehr gefährlich, die Seltisbergerstrasse und Burgstrasse hinunter in die Büchelstrasse zu fahren. Eine Schulung der Velofahrerinnen und -fahrer wäre wichtig. Alle Verkehrsteilnehmer trügen Verantwortung. Jeder müsse die eigene Verantwortung wahrnehmen.

://: Von den Abklärungen und Empfehlungen des Stadtrats zur Petition „Liestal XunderwäX“ wird einstimmig Kenntnis genommen.

://: Das Büro wird einstimmig damit beauftragt, die Petition zu beantworten.

19 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

9. Postulat von Franz Kaufmann namens der SP-Fraktion betreffend Raum für Gewerbe, Jungunternehmen und Kulturschaffende (Nr. 2008/205)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat betreffend Raum für Gewerbe, Jungunternehmen und Kulturschaffende

Im Zusammenhang mit dem Quartierplan Hanro ist uns bewusst geworden, dass sich in der ehemaligen Textilfabrik eine grosse Vielfalt von Kleingewerblern und Kulturschaffenden angesiedelt hat. Neben pädagogischen Projekten wie der „Schule für offenes Lernen“ (sol) findet sich ein grosser Mix aus kleinen Büros, Praxen und Ateliers. Darunter sind auch viele Jungunternehmer, die auf günstige Bedingungen angewiesen sind, damit sie erst einmal auf einen grünen Zweig kommen. Auch eine handwerkliche Rarität wie ein Messerschmied hat dort eine Bleibe gefunden. Die meisten dieser Betriebe sind auf günstige Mietzinsen angewiesen. Von der anregenden und kreativen Atmosphäre in diesen Räumen konnte man sich an der letzten Kulturnacht vor Ort ein Bild machen (Lichtblicke 2007). Die Städtepartnerschaft Liestal - Waldkirch wird in der „Künstler.innen Werkstatt Hanro“ vom 25. Mai bis 22. Juni 2008 eine Ausstellung realisieren (Malerei und Installation).

Wir meinen, dass Aktivitäten, wie sie im Hanroareal stattfinden, einen ganz wesentlichen Aspekt von Liestals Gewerbe- und Kulturleben darstellen. Sie beleben nicht nur unsere Stadt, sondern nuancieren auch Liestals Erscheinungsbild nach aussen. Dieser Qualität ist unbedingt Sorge zu tragen. Wir meinen auch, dass der Einsatz für diese Unternehmen eine interessante und zukunftsgerichtete Form der Wirtschaftsförderung darstellt.

Deshalb bitten wir den Stadtrat, sich aktiv um die Vermittlung von entsprechenden Räumen zu bemühen. Insbesondere bitten wir den Stadtrat zu prüfen (und dem Einwohnerrat zu berichten), ob in anderen Industriebrachen (z.B. im Ziegelhof oder im Oristal) Raum für pädagogische Einrichtungen, Gewerbetreibende, Jungunternehmer und Kulturschaffende mit eher kleinen Budgets bereitgestellt und vermittelt werden kann.

Wir danken dem Stadtrat für seine Bemühungen.

Franz Kaufmann
SP-Fraktion
18. Mai 2008

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) erläutert, das Postulat sei aufgrund der Behandlung des Quartierplans Hanro im Einwohnerrat entstanden, als kein Auftrag zum Thema Gewerberaum an den Stadtrat ergangen sei. Das habe ihn und seine Fraktion dazu bewogen, eine konkrete Bitte an den Stadtrat zu formulieren, auch als Wertschätzung gegenüber den Leuten, die auf dem Hanro-Areal arbeiten würden. Er frage den Stadtrat, ob er bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, der Stadtrat sei dazu bereit.

Paul Pfaff (SVP) meint, der Vorschlag sei eine gute Sache. Es sei auch gut, dass er von der SP käme, das gebe dem Ganzen einen anderen Anstrich. Er selbst habe krampfhaft nach Land in Liestal gesucht; die Parzellen seien aber zu gross gewesen. Die grossen Parzellen

seien ein Problem in Liestal, eine Einzelperson könne so viel Land nicht finanzieren. Objekte zu mieten sei auch schwierig; es gebe nicht viel Raum, da der Staat den grössten Teil belege. Der Kanton steuere zu dieser schlechten Entwicklung bei. Liestal müsse Land im Oristal im Baurecht übernehmen und parzellieren. Das Ziegelhof-Areal sehe er nur als momentane Lösung; über längere Zeit würde es wieder anders genutzt, es sei nichts für Gewerbler und Künstler. Für die Jugend sei es wichtig, Lehrstellen in der Nähe des Wohnortes zur Verfügung zu haben. Die Kleingewerbler und KMU stellten am meisten Lehrstellen zur Verfügung. Seine Fraktion danke für das Postulat und sei für die Überweisung.

Astrid Basler (GL) betont, auch die Grüne Fraktion wünsche günstige Standorte für die genannten Gruppen. Das Oristal habe Potential. Ihre Fraktion hoffe, dass dort kulturelle Begegnungen möglich würden. Gerne überweise sie das Postulat.

Roman Zeller (FDP) äussert, auch die FDP unterstütze das Postulat. Grundsätzlich begrüsse seine Fraktion, dass man etwas für das Gewerbe tue. Es sei nur schade, dass die Stadt wieder reagiere und nicht agiere. Seine Fraktion meine, es fehle eine Gesamtschau, wie das Gewerbegebiet in Liestal zu nutzen sei. Man solle nicht nur Hauruck-Übungen machen wie nach der Diskussion über den Quartierplan Hanro. Allschwil beispielsweise handhabe dieses Thema hervorragend. Die Stadt solle etwas aufbauen und nicht immer nur reagieren.

Sabine Ammann (CVP/EVP/GLP) fügt hinzu, auch ihre Fraktion unterstütze das Postulat. Für Kleinunternehmen und Kulturschaffende sei es wichtig, Starthilfe von der Stadt zu bekommen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert, für Raum im Oristal gebe es bereits Interessenten. Die Stadt wolle solche Flächen anbieten, sie sei interessiert an der Ansiedlung der betreffenden Gruppen; diese Türen stünden offen.

://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

20 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

10. Postulat von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend Mehr Kunden und weniger Parkplatzdruck dank Stedtli-Ruf-Taxi (Nr. 2008/207)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat betreffend Mehr Kunden und weniger Parkplatzdruck dank Stedtli-Ruf-Taxi

Die Einkaufszentren um unsere Stadt (Bubendorf, Schöntal, Frenkendorf etc.) sind für's attraktive „Einkaufszentrum Stedtli“ eine aktuelle, scharfe Konkurrenz - dies betrifft vor allem die automobilen Kunden, und das sind einige. Doch der Platz für Parkplätze im Stedtli ist beschränkt - wie in jeder Innenstadt mit mittelalterlichem Grundriss. Entscheidend mehr Parkraum ist da kurzfristig nicht herauszuholen. Deshalb gilt es, eine neue Möglichkeit zur Retour-Fahrt ins Stedtli anzubieten,

- die die üblichen automobilen Annehmlichkeiten bietet,
- von der Parkplatzsorge aber befreit und
- den Druck auf die Parkplätze reduziert.

Ein Stedtli-Ruf-Taxidienst - bestehend aus wenigen umwelt- und einstiegfreundlichen Kleinautos inkl. Fahrer/innen mit Mobiltelefon -, der innerhalb der Stadtgrenze allen Leuten werktags zu den Ladenöffnungszeiten zur Verfügung steht, könnte eine Lösung sein: Auf Telefonanruf holt und bringt er seine Kunden/Kundinnen ins Stedtli (Standort z.B. in der Rathausstrasse) und später wieder heim. Er kann Fahrtwünsche mit kleineren Umwegen kombinieren. - Sponsoring bringt den Fahrpreis auf einen attraktiven - im Abonnement ev. noch reduzierten - Tarif. Der vom Projekt Velostation geplante Bring- und Holservice und das Stedtli-Ruf-Taxi ergänzen sich gegenseitig aufs beste - sie befriedigen zwei verschiedenartige Kundenwünsche.

Wir bitten den Stadtrat, gemeinsam mit IGL, Gewerbeverein, dem Taxigewerbe, der geplanten Velostation und anderen Interessenten die Einführung eines solchen Dienstes zusammen mit möglichen Sponsoren zu prüfen (prüfen zu lassen).

Matthias Zimmermann
SP-Fraktion
19. Mai 2008

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) fragt, ob der Stadtrat bereit sei, das Postulat zu übernehmen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin sagt, der Stadtrat wolle das Postulat nicht übernehmen. Er meine, dass es schon Taxi-Stände nahe beim Stedtli gebe.

Matthias Zimmermann (SP) betont, es brauche mehr Kunden im Stedtli und dazu müsse man alle Register ziehen. Es brauche Bemühungen auf allen Ebenen, denn es gehe um ein komplexes Problem. Dies sei einer von vielen konstruktiven Vorschlägen, den man abklären solle, um dafür zu sorgen, dass das Stedtli überlebe.

Margrit Siegrist (SVP) teilt mit, ihre Fraktion anerkenne den Wunsch nach kundenfreundlichen ÖV-Angeboten. Es sei ihr ein Anliegen, dass der Detailhandel prosperiere. Trotzdem sei die SVP-Fraktion einstimmig gegen die Überweisung, da sie meine, die bestehenden Ein-

richtungen wie Busse, Taxi-Unternehmen und Quartier-Busse könnten noch besser genutzt werden. Die Quartier-Busse würden die Fahrgäste auf Wunsch sogar vors Haus fahren. Vielleicht könne man den Preis senken und statt zwei Fahrten drei pro Woche anbieten. Die Busse könnte durch die Rathausstrasse fahren; dies würde dem Stedtli als Einkaufsort zugute kommen. Vergleichbares gebe es auch an anderen Orten.

Nils Henn (FDP) äussert, seine Fraktion meine auch, das Postulat sei nicht zu überweisen. Die Stadt sei die falsche Adresse für das Postulat. Die richtigen Adressen stünden drin, die IGL zum Beispiel. Die Gemeinde könne solchen Bemühungen positiv gegenüber stehen. Diverse Gemeinden hätten Ruftaxis, sie hätten aber überall die Funktion einer Ergänzung des öffentlichen Verkehrs zu Randzeiten.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) fügt hinzu, seine Fraktion sei auch nicht für Überweisung. Die massgeblichen Gründe seien bereits genannt.

Jürg Holinger (GL) sagt, die Grüne Fraktion halte die Idee für die zweitbeste Lösung eines Problems. Die Mitglieder seien sich zum Thema Überweisung nicht einig.

://: Das Postulat wird mit 8 Ja- gegen 19 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.

21 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

11. Postulat von Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Einführung der Begegnungszone in die Rathausstrasse mit Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen (Nr. 2008/212a)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat betreffend Einführung der Begegnungszone in die Rathausstrasse mit Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen

Die Umsatzeinbussen der Geschäfte im historischen Einkaufszentrum Liestal nehmen immer dramatischere Formen an. Nebst der umfangreichen Bautätigkeit, die im Grundsatz nicht bestritten wird, ist die Konkurrenzsituation mit den vielen Einkaufszentren am Rande und ausserhalb von Liestal ein wichtiger Grund für diese Einbussen. Bald jährlich entsteht ein neues EKZ. Aktuell im nächsten Jahr ein neuer Aldi in Frenkendorf. Lidl hat ein Projekt in Lausen.

Um ein Überleben der Läden in Liestal zu sichern, sind, nebst mittel- bis langfristigen Projekten, Sofortmassnahmen gefragt. Eine von diesen Massnahmen ist die Öffnung der Rathausstrasse als Begegnungszone, unter Einrichtung von 15-20 Kurzzeitparkplätzen während den grossen und umfangreichen Bauarbeiten, um die noch in Liestal einkaufenden Kunden zu halten und auch wieder Neue dazuzugewinnen. Die Begegnungszone ist seit ca. 4 Jahren eingerichtet, es spricht nichts dagegen, dass sich Autofahrer, Velofahrer und Fussgänger auch in der Rathausstrasse begegnen. Gleichzeitig bietet die Massnahme die Möglichkeit, mit markierten Plätzen Ordnung in das heute ungeordnete Anliefer- und Parkierverhalten zu bringen. Diese Forderung entspricht auch einem Vorschlag der Arbeitsgruppe Standortmarketing, die in etlichen Sitzungen und mit Zusammenarbeit des Stadtrates Massnahmen erarbeitet hat, die jetzt schrittweise umgesetzt werden müssen.

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob während der laufenden und noch bevorstehenden grossen Bauarbeiten die Einführung der Begegnungszone und die Einrichtung von 15-20 Kurzzeitparkplätzen in der Rathausstrasse in der kürzest möglichen Zeit realisiert werden kann.

Paul Finkbeiner
SVP-Fraktion
16. Juni 2008

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) erkundigt sich, ob der Stadtrat bereit sei, das Postulat zu übernehmen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin sagt, der Stadtrat sei dazu bereit.

Paul Finkbeiner (SVP) erläutert, man müsse signalisieren, dass Kunden im Stedtli willkommen seien. Dem Detailhandel gehe mit der Zeit der Atem aus. Zurzeit gebe es viele Baustellen; kurzfristig seien deshalb Parkplätze in der Rathausstrasse einzurichten. Er bitte den Rat um Unterstützung und den Stadtrat um rasche Umsetzung seines Vorschlags.

Stadtpräsidentin Regula Gysin bittet um Entschuldigung: Der Stadtrat wolle das Postulat nicht übernehmen.

Regina Vogt (FDP) gibt zu, dass ihr beim Gedanken an Parkplätze in der Rathausstrasse zuerst fast die Haare zu Berge gestiegen seien. Ihre Fraktion sei sich jetzt aber sicher, dass das der richtige Weg sei. Man müsse die Konsumenten in der Bauphase behalten, die Stadt müsse reagieren. Es sei für die Geschäfte überlebenswichtig, Massnahmen für ein lebendiges Stedtli zu ergreifen. Die FDP-Fraktion sei für die Überweisung.

Stadtrat Ruedi Riesen führt aus, der Stadtrat habe die Argumente, weshalb er den Vorstoss nicht entgegennehmen wolle, diskutiert. Seit einem Jahr arbeite er mit zwei Arbeitsgruppen zum Thema Standort-Marketing. Das Thema Parkplätze sei dort bewusst nicht angesprochen worden, weil sich immer alles darum drehe. Dadurch habe man auch andere Möglichkeiten gesehen, wie sich ein Standort entwickeln könne. Man müsse die flankierenden Massnahmen des Stadtrats wie die direktere Zufahrt von der Meyer-Wiggli-Strasse zum Stedtli wahrnehmen. Wenn man gegen solche Parkplätze sei, sei man nicht gegen das Gewerbe. Geplant seien mehr Parkplätze im Bereich der oberen Rheinstrasse. Ausserdem sei man innerhalb einer Geh-Minute von allen Parkplätzen aus im Stedtli. Es seien dort mehr Parkplätze einzurichten, wo es die Möglichkeit dazu gebe. Der Parkplatz-Suchverkehr sei nicht unbedingt förderlich; es gebe auch Velofahrer und Fussgänger, die diese Läden frequentierten. Die Begegnungszone stelle ebenfalls eine sekundäre flankierende Massnahme dar. Ausserdem wolle die Stadt eine Bushaltestelle in unmittelbarer Nähe der Altstadt erwirken. Man könne die Altstadt vom Busverkehr einklemmen. Auch die Gratis-Parkierstunde wirke förderlich. Es sei nicht so, dass nichts gemacht werde. Aber wenn man sich vorstelle, dass in der Rathausstrasse auch am Nachmittag Autos hin und her fahren würden, wenn man an die vielen Jugendlichen denke, die sich dann dort aufhalten würden, wenn man sich dann auch noch den Bus vorstelle, der durchfahre, und dass man es gleichzeitig dort gemütlich haben wolle, erscheine es unglaublich, was diese Strasse alles solle. Die Rathausstrasse sei ihm ein Anliegen, doch diese Idee sei nicht die Lösung. Er verstehe, dass Möglichkeiten für die Übergangszeit zu schaffen seien. Der Stadtrat versuche, das zu machen.

Corinne Ruesch (GL) bemerkt, vorher habe man gehört, Liestal agiere visionär. Ihr fehle jedoch eine Vision fürs Stedtli, die die Stärken verstärke und nicht an den Schwächen herumbastle. Es seien Arbeitsgruppen zum Thema Standort-Marketing an der Arbeit, und man rede nur über Parkplätze. Würde man die Idee umsetzen, ginge Ambiente verloren, und für die Anwohner wäre es auch nicht toll. Es genüge, wenn die Anwohner am Fischmarkt lärmbelästigt seien.

Sabine Ammann (CVP/EVP/GLP) berichtet, sie habe in der Kanonengasse gewohnt. Wenn sie dann mit ihren drei kleinen Kindern ins Stedtli gekommen sei, sei das immer ein Aufatmen gewesen. Die Frage sei, was das Stedtli attraktiv mache. Das sei doch gerade die Fussgängerzone.

Matthias Zimmermann (SP) meint, wenn man in der Rathausstrasse parkieren könne, kämen viele Leute nicht mehr ins Stedtli. Der innerste Kern müsse autofrei bleiben, das wisse man von vielen Städten. Die Leute wollten Orte besuchen, die ruhig seien. Es gebe in Liestal ausser dem innersten Kern die Begegnungszone, wo sich alle Verkehrsteilnehmer unter bestimmten Bedingungen trafen, und im äussersten Bereich den so genannten normalen Zustand. Diesen Schritt zu Autoverkehr im Stedtli zu machen, wäre gefährlich. Man würde das Erreichte zerstören.

Philipp Senn (SP) meint, es komme nicht auf die Parkplätze, sondern auf die Zufahrten an. Diese müssten übersichtlich und durchgängig sein. Als er mit Leuten aus dem Bekanntenkreis über den Vorstoss gesprochen habe, hätten sie gemeint, es wäre verrückt, das zu unterstützen. Es existiere im Übrigen bereits ein überparteiliches Postulat für die Attraktivität des Stedtli.

Paul Finkbeiner (SVP) betont, die Stagnation und den Umsatzrückgang im Stedtli in den letzten Jahren könne man nicht wegreden. Es gebe immer mehr Einkaufszentren, die Leute gingen immer öfter dorthin. Deshalb komme er mit diesem Postulat. Es sei eine Umkehr notwendig. Er sei im Stedtli aufgewachsen. Damals sei der Verkehr durch die Rathausstrasse gegangen, und damals habe das Stedtli mehr prosperiert als heute.

://: Das Postulat wird mit 13 Ja- gegen 19 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung nicht an den Stadtrat überwiesen.

22 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

12. Fragestunde

1. Frage, Paul Finkbeiner, SVP: Am 18. Juni war das Traktandum „Konzept Stadtpolizei“ abgesetzt worden. Man hat auch erfahren, dass zuerst ein Einwohnerrats-Beschluss abgewartet werden soll, bevor eine Stelle als Stadtpolizist(in) neu ausgeschrieben wird. Aus welchen Gründen ist dann doch eine solche ausgeschrieben und schon besetzt worden?

Stadtpräsidentin Regula Gysin erläutert, bei der Stadtpolizei sei es durch eine Pensionierung zu einer Vakanz gekommen. Es sei darum gegangen, die Stadtpolizei wieder auf den Bestand von drei Polizeipersonen aufzubauen. Dies entspreche der Stellenplanung. Deswegen sei die Stelle ausgeschrieben und auch bereits besetzt worden.

2. Frage, Regina Vogt, FDP: Aufgrund neuer Berechnungsgrundlagen kam es im Kanton Baselland im Zusammenhang mit den neuen Abwasser-Gebühren teilweise zu deutlich höheren Ansätzen, wie man den Medien hat entnehmen können. Mit welcher Auswirkung und Konsequenz wird man in Liestal rechnen müssen?

Stadträtin Marion Schafroth antwortet, die Stadt habe die Rechnung für das Jahr 2007 erhalten. Sie habe gegenüber dem Vorjahr rund CHF 200'000.- weniger zu bezahlen. Das bedeute, dass die Stadt mit der Umsetzung des Trennsystems auf einem guten Weg sei.

3. Frage, Regina Vogt, FDP: Zum Kebab-Stand möchte ich den Stadtrat anfragen, was diesbezüglich der aktuelle Stand der Dinge ist?

Stadtpräsidentin Regula Gysin führt aus, die Stadt sei seit über zwei Jahren in Verhandlung mit dem Betreiber. Er habe die Kündigung des jetzigen Standorts erhalten und nun ein Jahr Zeit, einen anderen Standort zu suchen. Die Stadt sei bemüht, ihm zu helfen.

4. Frage, Peter Küng, SP: Mit welcher Begründung soll der langjährige Kebab-Stand von Ali Bal aus der Rathausstrasse verbannt werden?

Antwort: siehe oben.

5. Frage, Peter Küng, SP: Wurde mit den Fast Food- und Take away-Anbietern nicht vereinbart, dass sie in ihrer nächsten Umgebung den Unrat selbst entsorgen müssen? (Verursacht für den Kanton monatliche externe Kosten von ca. CHF. 800.-.)

Stadträtin Marion Schafroth führt aus, der Einwohnerrat habe das Thema im vergangenen Jahr behandelt. Repressive Massnahmen seien eine Möglichkeit. Damit die Stadt Bussen verhängen könne, müsse sie das Polizei-Reglement anpassen. Dieses befinde sich noch in Überarbeitung. Es brauche aber auch genügend Polizisten zur Umsetzung. Eine intensive Überwachung werde von daher in Liestal nicht möglich sein. Man werde die rechtliche Grundlage zur Bussenerteilung schaffen, dies solle aber nicht der erste Weg zur Bekämpfung des Problems sein.

6. Frage: entfällt.

7. Frage, Vreni Wunderlin, FDP: Ich beziehe mich auf das Stelleninserat in der Oberbaselbieter Zeitung vom 14.8., Sauberhalten von Liestals Zentrum am Wochenende. Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass Wert gelegt wird auf Sauberkeit im Stedtli übers Wochenende. Es kann aber nicht sein, dass die Steuerzahler zusätzliche Kosten übernehmen müssen für notorische Schmierfinken und Vandalen. Hier muss auch hart durchgegriffen werden. Was ist zusätzlich und begleitend an repressiven Massnahmen geplant?

Antwort: siehe oben.

8. Frage, Hans Rudolf Schafroth, SVP: Nachdem nun das Desaster EURO 08 im „9.Stadion“ allgemein bekannt ist, fragen sich viele besorgte Liestaler Einwohner/innen, ob uns der Stadtrat versichern kann, dass nebst den verlorenen CHF 150'000.- nicht noch weitere Forderungen in diesem Zusammenhang an die Stadt Liestal zu befürchten sind.

Stadtrat Lukas Ott teilt mit, die Schlussabrechnung liege noch nicht vor. Die Stadt habe ihren Beitrag à fonds perdu gesprochen. Weitere Forderungen würde sie nicht entgegennehmen.

9. Frage, Regina Vogt, FDP: Es geht es um die finanzielle Situation des 9. Stadions. Kann der Stadtrat bestätigen, dass im Bereich „Nachforderungen“ nichts mehr von der Stadt Liestal zu erwarten ist?

Antwort: siehe oben.

10. Frage, Vreni Wunderlin, FDP: Der Trainingsplatz für Fussballer hinter der Scaterboardbahn steht unbenutzt da. Zurzeit dient er als Abstellplatz für Tore: Was geschieht damit, wie wird dieser Platz weiter genutzt? Wie ist die Ausnutzung des neuen Allwetterplatzes (Kunstrasen)? Ich sehe ihn nicht allzu sehr genutzt.

Stadträtin Marion Schafroth informiert, die Stadt werde die neue Nutzung des Allwetterplatzes in das Jahresprogramm 2009 aufnehmen. Erste Ideen seien bereits vorhanden, wobei die Nutzung für den Sport im Vordergrund stehe. - Abgesehen von den Sommerferien werde der Kunstrasen aus Sicht der Stadt bereits rege genutzt: am Morgen durch die Schulen, am Nachmittag durch einzelne Kinder bzw. Gruppen von Kindern und am Abend durch die Fussballvereine. Es gebe aber noch keine Langzeiterfahrung. Man werde die Sache im Auge behalten.

11. Frage, Hanspeter Stoll, SP: Beim Bau des Kunstrasens wurde der Zaun auf der Nordseite des Stadions abgerissen. Wann wird der Zaun wiederhergestellt? Die Vereine können auf die Einnahmen aus den Zuschauereintritten nur schwerlich verzichten.

Stadträtin Marion Schafroth teilt mit, die Offerte für die Ergänzung der Zäune haben die Stadt erhalten. Nachdem sie die Offerte geprüft habe, werde sie noch diese Woche den Auftrag erteilen. Sie sei bemüht, die Zaunlücke möglichst rasch zu schliessen.

12. Frage, Hanspeter Stoll, SP: Es kommt im Bereich Seltisbergerstrasse (Burgschulhaus bis Bergstrasse) täglich zu gefährlichen Situationen. Die Seltisbergerstrasse ist keine vortrittsberechtigte Hauptstrasse, was die meisten Verkehrsteilnehmer nicht wissen. Wie und bis wann kann der Stadtrat reagieren? (Schulweg Bubendorf Liestal bei der Langhagstrasse, kanto-

naler Veloweg, Einfahrt Spittelerstrasse, Eglisackerstrasse, Wetterchrüzstrasse, Bergstrasse)

Stadtpräsidentin Regula Gysin betont, es sei dem Stadtrat ein Anliegen, dass nicht zuerst ein Unfall geschehe, bevor gehandelt werde. Bereits im Jahre 2003 seien besorgte Anwohner an die Stadt Liestal gelangt mit der Bitte, auf der Seltisbergerstrasse verkehrsberuhigende Massnahmen zu prüfen. Die damals vorgeschlagenen Massnahmen seien durch die zuständigen Stellen des Kantons unter teilweise fragwürdigen Argumenten abgelehnt worden.

13. Frage, Peter Furrer, CVP: Wer ist zuständig für die Abtretung von Gemeindestrassen an den Kanton Baselland?

Stadtrat Ruedi Riesen informiert, der Kanton und die Stadt hätten sich mit dem Verkehrskonzept auch über die Abtretungen von Kantons- und Gemeindestrassen geeinigt. Die neuen Besitzverhältnisse seien im kantonalen Richtplan festgehalten. Die effektiven Abtretungen erfolgten auf Grund von Beschlüssen im Landrat.

14. Frage, Matthias Zimmermann, SP: Ich bin immer wieder überrascht, wie viele Autos in der Rathausstrasse herumstehen, die eigentlich als attraktive autofreie Zone den Fussgänger/innen vorbehalten sein sollte. Selbstverständlich ist die Anlieferung zu den Geschäften unumstritten. Nach welchen Kriterien werden die Bewilligungen und Sonderbewilligungen erteilt?

Stadtpräsidentin Regula Gysin erläutert, die Rathausstrasse liege seit der Verfügung vom 17.09.2004 in der Begegnungszone Stedtli. Sie sei mit einem Fahrverbot für Motorwagen, Motorräder und Motorfahrräder mit dem Zusatz „Zubringerdienst Montag bis Freitag 05.00 bis 12.00 Uhr und Samstag 05.00 bis 09.00 Uhr“ belegt, übrige Zeit mit Bewilligung gestattet. Somit dürften Zubringer zu den angegebenen Zeiten in die Rathausstrasse fahren und ihr Fahrzeug für einen Güterumschlag abstellen. Das Parkieren sei in der Begegnungszone verboten, wenn nicht Markierungen oder Signale dies ausdrücklich erlaubten. Anwohner und Geschäftsinhaber hätten die Möglichkeit, bei der Stadtpolizei eine Zufahrtsbewilligung zu beziehen, damit eine Zufahrt in die Rathausstrasse auch zu den Sperrzeiten möglich sei. Eine solche Zufahrtsbewilligung erhielten nur Anwohner und Geschäftsinhaber der Rathausstrasse, der Kanonengasse (oberer Teil in der Einbahnstrasse) sowie der Rosengasse. Die Zufahrtsbewilligung berechtige den Inhaber nur, die Rathausstrasse zu den Sperrzeiten zu befahren. Das Parkieren bleibe weiterhin verboten. Die Stadtpolizei nehme nach personellen Möglichkeiten immer wieder Kontrollen vor und büsse notorische Parkierer, was bei den Gewerbetreibenden meist auf Unverständnis stosse.

15. Frage, Peter Furrer, CVP: Wann wird der Einwohnerrat über die Resultate der Testplanungen zur Arealentwicklung Liestal Zentrum Nord informiert?

Stadtrat Ruedi Riesen äussert, zurzeit und bis September liefen die Besprechungen und Informationen mit den Grundeigentümern. Anschliessend solle im Oktober 2008 die Information der Öffentlichkeit inklusive Einwohnerrat erfolgen.

16. Frage, Peter Furrer, CVP: Was ist der Zweck der Rodung des Konrad Peter-Areals?

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, die Stadt Liestal habe lediglich die Flächen, auf welchen sich Parkplätze befänden, von der Basellandschaftlichen Kantonalbank gemietet. Daher sei sie nicht verantwortlich für den Unterhalt der restlichen Flächen. Soweit bekannt, sei die Fir-

ma gribi theurillat AG mit der Verwaltung des Areals betraut. Ein Grund der Rodung könne sein, zu vermeiden, dass das Gebiet zu Wald werde; dies bedinge eine regelmässige Rodung des Gebiets. Der Hinweis, die Flächen jeweils ausserhalb der Vegetationszeit zu schneiden, werde der Firma gribi theurillat AG mitgeteilt.

17. Frage, Claudia Roche, SP: Der Einwohnerratsausflug im Sommer 07 war dem Thema Biodiversität gewidmet. Die Exkursion begann auf dem Konrad Peter-Areal, das uns als wertvolle Rudearalfläche vorgestellt wurde mit vielen speziellen Pflanzen. Ende Juni 08 wurde das ganze Areal von einer Gartenbaufirma abgeräumt, und alles wurde im wörtlichen Sinn kurz und klein geschlagen. Hat die Stadt als Nutzerin des Areals diesen Auftrag erteilt und könnte man allenfalls darauf hinwirken, dass die "Pflege" nicht mitten in der Vegetationszeit und eventuell etappenweise vorgenommen werden könnte?

Antwort: siehe oben.

18. Frage, Vreni Wunderlin, FDP: Wie wird die Zu- und Wegfahrt zur Post stattfinden und signalisiert? Gibt es für die Autos einen Kehrplatz?

Stadtrat Ruedi Riesen führt aus, während des Baus von Poststrasse, Postplatz und Wasserturmplatz werde die ganze Achse für den Verkehr gesperrt. Für die Busse und die Zubringer und Anlieferungen bleibe die Durchfahrt jedoch gestattet. Die Kunden der Post gälten als Zubringer.

19. Frage, Daniel Spinnler, FDP: Weshalb wurde entgegen der Aussage von Stadtrat Ruedi Riesen (siehe Protokoll vom 22. August 2007), dass keine neue Schwelle in der Seestrasse geplant sei, nun trotzdem wieder eine neue Schwelle erstellt?

Stadtrat Ruedi Riesen hält fest, das sei keine Schwelle, sondern eine Rampe.

20. Frage, Daniel Spinnler, FDP: Bis wann darf mit der Umsetzung der Motion Nr. 2007/173a "Kundenfreundliches Parkieren im Stedtli" gerechnet werden?

Stadtpräsidentin Regula Gysin sagt, die Motion sei im Gesamtrahmen der Aktivitäten zur Standortförderung umzusetzen. Der Stadtrat wolle eine Gesamtvorlage ausarbeiten, in die auch diese Motion gehöre.

21. Frage, Peter Furrer, CVP: Warum und für wie lange werden vor dem Jugendhaus in der Allee neue Parkplätze eingerichtet?

Stadtrat Ruedi Riesen teilt mit, die Parkplätze in der hinteren Allee seien als Ersatz für die in Folge der Bauarbeiten wegfallenden regulären Parkplätze erstellt worden. Sobald die Baustelle abgeschlossen sei und die regulären Parkplätze wieder benutzbar seien, würden die provisorischen Parkplätze wieder aufgehoben und durch andere ersetzt.

22. Frage, Gerhard Schafroth, GLP: Kann sich der Stadtrat vorstellen, mit den SBB Kontakt aufzunehmen, um auf dem neuen Parkplatz zwischen Bahnhof und Sichertstrasse genügend gedeckte Velo-Abstellplätze einzurichten und für Ordnung auf diesem Velo-Abstellplatz zu sorgen?

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, die Zuständigkeit für diesen Veloparkplatz liege bei den SBB. Mit den SBB sei vereinbart, dass die beim Palazzo und bei der Post durch die Velostation - sofern sie gebaut werde - wegfallenden gedeckten Ständer beim Veloparkplatz Wiedenhub aufgestellt werden. Die Stadt werde am Problem dran bleiben, sie halte die Situation auch für unbefriedigend.

23. Frage, Vreni Wunderlin, FDP: Für Schüler und Schülerinnen aus Lausen, vom Galmsgebiet her Richtung Liestal kommend, ist es morgens und abends bereits wieder recht dunkel. Wäre es möglich, dem Bahndamm entlang ein bis zwei Strassenlampen zu montieren, zur Sicherheit der Schüler und Schülerinnen?

Stadtrat Ruedi Riesen meint, das Anliegen sei berechtigt. Weil in Richtung Lausen kein Beleuchtungskabel vorhanden sei, müsste allerdings nebst den Lampen auch ein ca. 150 Meter langer Graben für die Stromversorgung erstellt werden. So würden sich die geschätzten Totalkosten auf ca. CHF 20'000.- belaufen. Der budgetierte Betrag im Beleuchtungskonto reiche jedoch nur für den Unterhalt der bestehenden Beleuchtung und nicht für Erweiterungen in diesem Ausmass. Der Stadtrat werde beim nächsten Budget an dieses Thema denken.

24. Frage, Elisabeth Augstburger, EVP: Im Fraumattquartier ist der Robinson-Spielplatz nur bis 20.00 Uhr geöffnet, verschiedene andere Spielplätze in Liestal jedoch bis 22.00 Uhr. Wäre es möglich, diesen Spielplatz bis 21.00 Uhr offen zu halten? Vor allem in den Sommermonaten spielen dort abends viele Kinder.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erläutert, unter der Federführung der Abteilung Hochbau hätten die Vertreter der Bereiche Bildung, Betriebe, Stadtpolizei und Stadtbauamt Musterbenutzungsordnungen für die Spiel- und Pausenplätze ausgearbeitet. Wesentlicher Bestandteil seien die Nutzungszeiten, die im Einklang mit dem Polizeireglement stünden. Die Benutzungsordnung für die Kinderspielplätze auf dem Stadtgebiet sehe vor, die Plätze täglich von 08.00 Uhr bis zum Einbruch der Dunkelheit, dem Zeitpunkt des Einschaltens der Strassenbeleuchtung, geöffnet zu halten.

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Franz Kaufmann

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon